



FOTOS: SABINE REBER, TWITTER

**DER GANZE KUCHEN:** Alte und junge Häsinnen auf dem Casinoplatz.

## Ein Stück Kuchen

Damals waren die Kuchen noch nicht vegan, und die Sonne schien. Über tausend Frauen versammelten sich vor 25 Jahren zum Frauenstreik in Bern, überall im Land streikten unzählige Frauen, in Lila und Pink gekleidet. Eine optimistische Schar war das damals auf dem Bundesplatz.

Und am 14. Juni 2016? Das Wetter: nass und kalt. Die Stimmung: entsprechend der allgemeinen Lage im Land. Gewerkschafterin und Juso-Frau Tamara Funicello bringt den Frust auf den Punkt: «Die Diskriminierung ist wie ein ungeliebtes Erbstück, das von Generation zu Generation weitergereicht wird.» Und so stehen wir 25 Jahre später draussen in der Kälte und fordern einmal mehr die Lohngleichheit, die uns verfassungsmässig zustünde.



Tamara Funicello.



**VERREGNETES JUBILÄUM:** Irgendwann kam doch noch die Sonne raus.

**TROLLE.** Auf Twitter hagelt's derweil böse Kommentare von rechtsbürgerlichen Trollen, die behaupten, nun würden die Männer von den Frauen diskriminiert. Verkehrte Welt, einmal mehr. Wir alte Häsinnen, die damals schon dabei waren, wir wundern uns und essen noch ein Stück Kuchen. Ihm fehlt übrigens bereits ein 15 Prozent grosses Stück. So viel beträgt die Lohndifferenz zwischen Mann und Frau im Jahr 25 nach dem grossen Frauenstreik.



**LUXUS.** Fragt ein AHV-Rentner, ob er gratis ein Stück Kuchen haben dürfe – solcher Luxus würde drum bei seinem Budget nicht mehr drinliegen. «Klar», lacht die Gewerkschafterin am Stand, «aber nur, wenn Sie damals ja zum Frauenstimmrecht gesagt haben!» Glücklicherweise stellt er sich mit einem extragrossen Stück Torte vor die Bühne und hört zu. SABINE REBER



# Mega-Überraschung bei den Ladenöffnungszeiten im Ständerat: Wer zuerst schliesst, lacht am besten

**Das hatte niemand erwartet: Kurz und schmerzlos versenkte das Stöckli landesweit längere Ladenöffnungszeiten.**

CHRISTIAN EGG

So etwas habe er in all den Jahren nur selten erlebt, sagt Paul Rechsteiner, oberster Gewerkschafter und SP-Ständerat: «Ich spürte förmlich, wie die Stimmung um mich herum kippte.» Mit 26 zu 16 Stimmen wischte der Ständerat letzte Woche die längeren Ladenöffnungszeiten vom Tisch. Definitiv.

### QUER ZUR PARTEI

Die Turbolädeler im Land und die grossen Detailhändler wie die Migros machten lange Gesichter. Bei der SP und den Gewerkschaften herrschte dagegen Freude: Sie hatten mit dem Referendum gedroht, sollte das neue Bundesgesetz durchkommen. Weil noch längere Ladenöffnungszeiten unnötig seien und für die schon jetzt geplagten Verkäuferinnen noch mehr Stress bedeuten würden. Die Drohung hatte offenbar mitgewirkt.

Noch im Nationalrat hatten die Turbolädeler die Oberhand gehabt: Sie wollten den Läden in der Schweiz erlauben, bereits um sechs Uhr zu

### Im Stöckli herrschte bei dieser Abstimmung Vernunft statt Zwängerei.

öffnen und bis 20 Uhr offen zu bleiben. Am Samstag sollten sie bis 18 Uhr offen haben dürfen. Neun Kantone hätten ihre Öffnungszeiten ausweiten müssen. An vorderster Front engagierten sich die SVP und die FDP für das neue Bundesgesetz. Doch auch in der CVP standen alle Zeichen auf Durchwinken: In der entsprechenden Kommission gab es von ihnen keine einzige Gegenstimme. Umso mehr überraschte deshalb das Abstimmungsverhalten der CVP im Stöckli: Mit 7 von 12 Stimmen sagte sie Nein.

Stefan Engeler, ihr neuer Mann aus dem Kanton Graubünden, war daran nicht ganz unschuldig. Er er-

griff in der Debatte das Wort – und sprach nicht in der Parteilogik, sondern als Kantönler gegen den «schleichenden Zentralismus». Es brauche gar kein Bundesgesetz, die Kantone sollten selber über die Ladenöffnungszeiten entscheiden können.

An der Parteilinie vorbei politisierte auch der Freisinnige Damian Müller. Der ehemalige Valora-Mann weiss im Unterschied zu den Ideologen seiner Partei Bescheid, wenn er vom Detailhandel spricht. Kleinere Läden könnten es sich gar nicht leisten, länger offen zu haben, argumentierte er. Und zeigte auf, in welchem (einseitigen) Interesse die längeren Öffnungszeiten wären: in jenem der Grossen. Sie hätten dann längere Spiesse. Müller brach sogar eine Lanze für die Beschäftigten im Detailhandel: Flexiblere Arbeitszeiten hätten «negative Auswirkungen auf das Privatleben».

### DIE SVP KIPPT

Vernunft statt Zwängerei auch bei der SVP: Plötzlich kippten Werner Hösli (Glarus) und Alex Kuprecht (Schwyz). Hösli zu work: «Ich habe mich während der Debatte zu einem Nein durchgerungen.» Gleich erging es Parteikollege Kuprecht, wie dieser bestätigt. Er sagt, dass ihn das Argument der Kantonshoheit schliesslich

überzeugt habe. Zusammen mit Roland Eberle (Thurgau) waren es jetzt sogar drei von fünf SVP-Vertretern, die Nein stimmten.

Zusammen mit den 14 Stimmen der Linken, die alle am selben Strick zogen, ergab das eine schallende Ohrfeige für die Turbolädeler in der Schweiz.

### LINKE CHANCEN

Eine Ohrfeige auch für die Rundumdie-Uhr-Lädeler-Lobby im Bundeshaus: Zum Beispiel für den Tessiner CVP-Mann Filippo Lombardi. Der CVP-Fraktionschef hatte das Bundesgesetz mit seiner Motion angestossen. Eine Ohrfeige auch für die freisinnige Karin Keller-Sutter. Die St. Gallerin ist die Präsidentin des Verbands der grossen Warenhäuser, der Swiss Retail Federation. Aber auch für Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Die Ausweitung sei nur eine «relativ bescheidene Korrektur», hatte er versucht zu verharmlosen. Eine «moderate Harmonisierung». Doch der Ständerat liess sich nicht einlullen.

Das zeigt: Trotz Rechtsrutsch und Schulterschluss der rechten Parteien hat eine vernünftige Politik im Bundeshaus doch noch Chancen, Mehrheiten zu gewinnen. Wenigstens im Stöckli.



**GUTE STIMMUNG BEI DEN SIEGERN:** Beat Rieder (CVP) und Werner Luginbühl (BDP) halfen das Turbolädeler-Gesetz versenken. Nur Hans Wicki (FDP) stimmte dafür (von r. nach l.). FOTO: KEYSTONE

## Unia-Chefin Alleva: Neuer Schwung



**GFRÖTI SACH:** Vania Alleva. FOTO: UNIA

Die Chefin der grössten Gewerkschaft der Schweiz freut sich sichtlich: «Bei den Ladenöffnungszeiten ist der Durchmarsch der Rechten jetzt gebremst worden. Das gibt Schwung!» sagt Vania Alleva. Auch für andere anstehende Themen, die für die Gewerkschaften wichtig sind.

● Beim Kampf gegen Lohndumping. Alleva: «Da braucht es dringend griffigere Instrumente.» Die seien auch im Interesse der Unternehmer.

● Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und bei der Personenfreizügigkeit mit Kroatien. Alleva rechnet mit einer Abstimmung im nächsten Frühling. Die habe «vor dem Volk nur dann eine Chance, wenn bessere flankierende Massnahmen Teil des Pakets sind».

● Bei der Altersvorsorge: Eine reine Abbauvorlage werde in der Abstimmung Schiffbruch erleiden, sagt die Unia-Präsidentin. (che)

## Mickrige Löhne, kaum Freizeit, ausgebeutet: Bundesrat soll Hausangestellte besser schützen

**Tausende von Hausangestellten arbeiten in der Schweiz unter prekären Bedingungen. Ein Aufruf will die Politik nun zum Handeln bringen.**

RALPH HUG

Wenn sie arbeiten, sieht man sie nicht. Denn sie putzen, pflegen und betreuen in Privathaushalten. Manchmal nur stundenweise, manchmal aber auch rund um die Uhr. Dafür gibt's dann mickrige Löhne von zum Beispiel 1500 Franken im Monat. Wenn überhaupt. Manche erhalten gar keinen Lohn, sondern nur Kost und Logis. Freizeit und Ferien Fehlanzeige. Das ist die traurige Realität



**PROBLEM:** Die Frauen kennen ihre Rechte selten. FOTO: FOTOLIA

von Tausenden von Frauen, die bei Privaten die Reinigungs- und Sorgearbeit übernehmen.

**PAPIERTIGER.** Über hunderttausend Frauen stecken in einer prekären Situation. Vor

allem jene rund 40000 Migrantinnen, die ohne gültige Papiere in der Schweiz leben. Als Sans-papiers und sogenannte Care-Migrantinnen sind sie Willkür, Ausbeutung und nicht selten auch sexuellem Missbrauch schutzlos ausgeliefert. Dies, obwohl die Schweiz das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über «menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte» unterschrieben hat. Es ist seit November 2015 in Kraft. Doch geschehen ist bisher nichts.

In einem Aufruf verlangen nun etwa vier Dutzend Verbände und Hunderte von Unterzeichnenden vom Bundesrat, dass er aktiv werde.

Die Unia-Fachfrau Christine Michel sagt: «Es muss jetzt vorwärtsgehen!» Der Aufruf wurde nun im Bundeshaus deponiert. Mit dabei: zahlrei-

### Besonders ungeschützt sind Sanspapier-Frauen.

che Nationalrätinnen. Zwei Stossrichtungen seien bei der Umsetzung wichtig, so Unia-Frau Michel: «Die Frauen in diesem Bereich müssen dem Arbeitsgesetz unterstellt und der Aufenthalt von Sans-papiers muss unbürokratisch geregelt werden.»

Zwar existiert ein gültiger Normalarbeitsvertrag Hauswirtschaft. Er schreibt

auch verbindliche Mindestlöhne für Hausangestellte vor. Doch Kontrollen sind selten, und viele Betroffene kennen ihre Rechte nicht. Mit der Unterstellung unter das Arbeitsgesetz würden normale Arbeits- und Ruhezeiten gelten. Und erleichterte Aufenthaltsbewilligungen könnten verhindern, dass papierlose Hausangestellte ohne Rente und Sozialschutz bis ins hohe Alter weiterarbeiten müssten und womöglich ganz verarmten.

Neue Broschüre **Meine Rechte als Seniorbetreuerin oder -betreuer**, auf deutsch, französisch, italienisch und polnisch, zu beziehen bei [tertiaer@unia.ch](http://tertiaer@unia.ch).